

Die Gesellschaft des ...

Wohlstand

werden die 8 gepulvert ...

Vertrag des ...

Stundlosgelagerter Jahrgang.

Schrittweise und ...

Mb. Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

68. Sitzung vom 24. April. Am Ministerisch: Dr. Lenke.

Der Etat des Finanzministeriums.

Die Einnahmen werden ohne Debatte bemittelt. Bei den Ausgaben, Titel 'Gehalt des Ministers'.

Abg. Defuss (Wp.).

Ob durch die Neuordnung der Dienststellen ...

Abg. Barthelemy (Centr.).

Ein Remunerationssatz besteht nur für untere ...

Abg. Dr. Lamparski (Pol).

Magt darüber, daß Staatsbedürfnis zur Verdrängung ...

Finanzminister Dr. Lenke.

Die Anschauung, daß die Ertragungen mit dem neuen ...

Sodann hat man die Remunerationen für höhere ...

Bestellung der Dienststellen.

Die Besetzung der Dienststellen wird dem ...

Abg. Dr. v. Campe (Nat.).

Ich meine es nur ein nobles officium für die ...

Abg. v. Karhoff (Freisinn.).

Die Polener Finanzverwaltung hat sich sehr gut ...

Finanzminister Dr. Lenke.

Gegen die Einführungen des Herrn v. Karhoff ...

Abg. v. Karhoff (Freisinn.).

Ich beziehe einen Vorbehalt ein, der bezüglich ...

Abg. v. Karhoff (Freisinn.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Freisinn.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Freisinn.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Freisinn.).

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Die freundschaftliche Unterhaltung zwischen dem ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Herr v. Karhoff hat entschieden Recht. ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Ich beziehe einen Vorbehalt ein, der bezüglich ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Ich beauftragte, den Antrag ...

Abg. v. Karhoff (Pol.).

Abg. v. Traumbach (Wol.)
Wir möchten unseren deutschen Werten die Unterstützung nicht; sie darf aber nicht aus allgemeinen Staatsmitteln fließen.
Der Antrag geht an die Budgetkommission.
Das Ministerialrat wird bemittelt.
In der weiteren Besprechung wendet sich

Abg. Dr. v. Brüning (Konf.)
Namens eines Teiles seiner Freunde gegen die Verfassung von Dienst-Automobilen für Oberpräsidenten usw.

Abg. Dr. Bahndorf (Wp.)
Der Kriegsanlage ist der Stolz und die Freude aller Berliner und auch der Fremden. Viel geschieht zur Verbesserung des Landes: ich erinnere an den Kriegsanlage, der jeden Mannertum aus sich die Grundbesitzer entlassen würde. Welche aber befindet sich in diesem Part eine Hauptverpflichtung, die Kaiserliche, die zur Zeit der Kaiserliche eine Moralität gleicht. Solange sie nicht einleuchtend bleibt, steht sie unter fähiger Verwaltung und ist auch als Rechtfertigung ersucht. Dessen Beispiel sollte die Kriegsanlage sein. Solange und die Kaiserliche nicht mehr länger als Parodie behandelt. Für die staatlichen Arbeiter müssten diejenigen Verhältnisse und die Beförderung der Arbeiter eingestellt werden wie für die städtischen Arbeiter.
Der Rest des Etats wird ohne Besprechung erledigt. Es folgt der

Etat der Staatsschuldenverwaltung.

Abg. v. Kardorf (FreiKonf.)
Den Rest der Staatsschuldenverwaltung hat man an besten Jahren, doch man hat Angst befürchten und die Handlung vermindert. Das ist haben wir zu durch verlässliche Gelege erreichen wollen; wir haben den Parlamenten und die Verpflichtung auferlegt, einen Teil ihrer Verträge in Staatspapieren anzulegen. Man hat uns auch versprochen, den Versicherungsgesellschaften die gleiche Verpflichtung auferlegen; aber dieses Versprechen ist bis heute noch nicht eingetroffen. Wir müssen die Folge amoralische Anzeichen schaffen, bei denen denjenigen, der auf ihnen sitzen nicht, niemals sein Geld verlieren kann.

Abg. v. Dittich (Konf.)
Semängelt das Deutsch, in dem die Begründung dieses Etats abgelehrt ist und bittet, daß in Zukunft nur solche Ausdrücke gebraucht werden, die bei allgemeiner Bildung verständlich sind.

Abg. Dr. Bahndorf (Wp.)
Die Finanzverwaltung hat ein neues Schuldenprogramm aufgestellt, welches eine verstärkte Tilgung vorsieht. Hierzu liegt kein besonderer Grund vor. Unsere bisherige Tilgung ist ausreichend, zumal wir ja in den Eisenbahnen, den Dampfern, den Booten, der Seefahrt und der Versicherung, die höchsten Zinsen der Welt erzielen. Diese Vermögenswerte haben. Dazu kommt, daß wir in unseren Eisenbahnkonzernen jährlich ganz erhebliche Schuldenrücklagen vornehmen. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist mit Rücksicht auf die noch nicht vorliegenden Ergebnisse der Wirtschaftsanlage, die eine Steigerung unserer Einnahmen mit sich bringen wird, besonders ungünstig. Wir können daher nicht der erhöhten Schuldenlast zustimmen.

Abg. Dr. Gottschalk-Solinger (Natf.)
Auch wir können der Auffassung des Finanzministers über eine erhöhte Schuldenlast nicht zustimmen. Man sollte die Zinsen von den getilgten Schulden nicht zur weiteren Schuldenentlastung verwenden, sondern sie aufspeichern und für die Welterhellung der Milizpläne benutzen.

Abg. Wallenborn (Zentr.)
Auch ein großer Teil meiner Freunde kann sich nicht auf der Auffassung des Finanzministers bestimmen, namentlich angelehrt der ablehnenden Stellung die er zur Abschaffung der Steuererlässe einnimmt.

Finanzminister Dr. Lenge:
Schon bei der ersten Erörterung habe ich darauf hingewiesen, daß die bisherige Tilgung unserer Staatsschulden nicht ausreicht und daß wir unbedingt die Schuldenlast zu vermindern bezwecken. In dem Jahre 1897, wie ich den 35 Prozent des jeweiligen sonstigen ersten Kapitales ohne Zurechnung der erwarteten Zinsen. Das ist wie zu wenig. Ich habe Geleg erlassen wurde, bitten wir noch nicht zu große Anleihen wie wir sie jetzt aufzunehmen fortwährend gewöhnen sind. Kein Staat der Welt hat es jemals geschafft, sich zu vergrößern, wie wir es jetzt tun. Gewiss nicht ein großer Teil unserer Staatsschulden werden Zinsen, aber dies gilt doch nicht für sämtliche Staatsschulden.
In welche haben wir ein Gesetz, wonach sämtliche neuen Schulden einer festgesetzten Zinsunterliegen. Dadurch werden nach 30 Jahren die Reichsschulden getilgt und das ist ein großes Sicherheitsmittel für die Reichsfinanzen. An Preußen aber ist der Zeitpunkt nicht abgelaufen, in dem die Schulden wieder verschwinden. Freilich können wir eine Schuldenlast in großem Maße nicht vornehmen, weil das ungeheure Mittel erfordert werden. Aber jedenfalls müssen wir doch einen Teil der Schulden, die nicht werden können, in etwas höherem Maße als bisher tilgen. Das gilt nicht für die Eisenbahnschulden und die Bergschulden, aber für alle übrigen Schulden, unter denen sich eine ganze Menge befinden, die sich nur gering verzinsen. Die

Auffassung des Dr. Bahndorf, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur erhöhten Schuldenlast ungeeignet sei, hat die Staatsregierung insofern nicht anerkannt, als sie geneigt ist, die davon abgesehen hat, einen eigenen Werteswert vorzuschlagen, durch den eine direkte Wirkung zur erhöhten Schuldenlast erfolgen würde. Aber wir sind doch daran festhalten, daß es vom volkswirtschaftlichen Standpunkt vollständig falsch ist, selbst gut fundierte Vermögen immer mehr verschlingen zu lassen. Obwohl ich unter anderem immer noch gut und unsere Schulden sind abfolgt sind. Das erkennen wir dankbar an, aber trotzdem müssen wir für die Tilgung der Schulden Sorge tragen. Deshalb bitte ich, den Vorschlag der Staatsregierung anzunehmen. Wir hoffen dadurch ebenfalls eine besondere Hilfe für die künftige Wirtschaft zu erreichen und erreichen andererseits, daß unsere Schulden nicht zu sehr ansteigen.

Abg. Dr. Bahndorf (Wp.)
Ich habe nur ausgesprochen, und muß das wiederholen, daß ich den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet halte, eine erhöhte Schuldenlast zu beschließen. Der Finanzminister hat die Schuldenlast im Auge gefaßt, aber der Unterschied zwischen den Schulden im Besonderen und den Schulden überhaupt liegt auf der Hand. Im Preußen handelt es sich zum größten Teil um Schulden zu verbenden Zwecken, im Reich aber um Schulden unproduktiver Art, in erster Linie zu militärischen Zwecken. Das Schulden unproduktiver Art in irgendeinem Tempo getilgt werden müssen, als für die Tilgung der Schulden überhaupt liegt auf der Hand. Die Beschlüsse der Reichsversammlung sind für die Tilgung der Schulden nicht geeignet. Darin aber ist der Finanzminister den Beweis schuldig geblieben. Er selbst gibt zu, daß die Regierung den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet hielt, um einen Werteswert vorzuschlagen. Das ist die Meinung aber auch zu, daß die gegenwärtigen Verhältnisse nicht überlegen genug sind. Das aber muß uns veranlassen, eine Veränderung eventuell erst vorzunehmen, wenn die Verhältnisse klar zu übersehen sind. Ich beantrage, den Titel, der zur Verankerung der getilgten Schuldenlast durch entsprechende eine besondere Hilfe für die künftige Wirtschaft zu erreichen und erreichen andererseits, daß unsere Schulden nicht zu sehr ansteigen. (Beifall.)

Die Besprechung schließt. Der Antrag Bahndorf wird gegen die Volkspartei, die Sozialdemokraten, einen Teil der National-liberalen und das Zentrum mit ganz knapper Mehrheit abgelehnt, der Rest des Etats bemittelt.

Der Etat des Abgeordnetenhauses.

Hierzu liegt ein Antrag des Abg. Dr. Dittich (Zentr.) vor, der von den National-liberalen der Volkspartei und den Freikonfessionellen mitunterstützt ist, und die Regierung ersucht, während der Legislaturperiode den Mitgliedern des Abgeordnetenhaus für die gesamte Monarchie eine Pressekarte auf den preußisch-preussischen Staatsbürgern zu gewähren.

Abg. Dr. Dittich (Zentr.)
Ich stelle der Sache ganz objektiv gegenüber. Denn ich reize so gut wie gar nicht, weil ich bei der weiten Entfernung meines Wohnortes nicht auf 10-12 Stunden im D-Range sitzen kann. Aber der Antrag liegt mir sehr am Herzen, weil ich die Abgeordneten sollen doch fortgesetzt mit ihren Wählern in Verbindung stehen. Sie sind auch nicht bloß Vertreter ihrer Wählerkreise, sondern des ganzen Landes und müssen sich deshalb überall umsehen können. Deshalb sollte man ihnen die Pressekarte nicht länger vorenthalten. (Beifall.)

Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Dreus:
verleitet folgende Erklärung des Ministers des Innern: Ich bin nicht in der Lage, die Zustimmung des königlichen Staatsministeriums zu dem Antrag Dr. Dittich-Braunberg, betreffend die Bewilligung von Eisenbahnpressekarten während der ganzen Legislaturperiode an die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten in Rücksicht auf die Kosten und Honorar. Die Frage der Abänderung der Vorschriften über die Bewilligung der Eisenbahnpressekarten war in der letzten Session der vorigen Legislaturperiode eingehend in Kommissionssitzungen erörtert worden. Das Ergebnis der hierbei vorgenommenen Abmachungen und deren Inhalt ist die Möglichkeit, eine entsprechende Freizeugung mit dem für die Eisenbahnpressekarten vorgesehenen Ziele der Verbesserung der Presseverhältnisse des Hauses in Einklang zu bringen. (Wol.) Damit entspricht nicht die erste Grundfrage für ein Vorgehen der Staatsregierung, der in dieser Frage eine besonders sorgfältige Prüfung um so mehr auferlegt ist, als mit der Erteilung eines Beschlusses eine Veränderung der verfassungsmäßigen Verhältnisse verbunden sein würde. (Große Unruhe und Lärm.)

Abg. v. Bodelberg (Konf.)
Der Antrag ist nicht neu. Ein Teil meiner Freunde wird ihm zustimmen, der größere Teil aber wird sich abhalten. Ich meine, daß es dem Ansehen der Abgeordneten Abbruch tut, wenn ihnen aus der Staatskasse Vorteile zufließen. (Beifall.) Widerspruch links und im Zentrum. Zurufe: Inertheit! Ich nicht bereitwillig, wenn die Reichsministerliche Kommission keine Dänen, sondern Unwesentliches. Die Freunde des Antrags weisen besonders darauf hin, daß die Pressekarten auch dazu dienen sollten, Eisenbahnen zu beschleunigen. Wir stellen doch ein sehr großes Interesse, wie meinen, daß solche Karten in der Tat ein sehr großes Interesse sind. (Beifall.) Widerspruch links und im Zentrum. Zurufe: Woher wissen Sie das denn? Würde den Abgeordneten freie Pressekarten für Besichtigungen und zum Zweck der Agitation im Interesse der Eisenbahnen zu Verfügung stehen, so müßten ihnen diese Karten auch an anderen Stellen erlassen werden. Die Befürwortung des Antrags würde dem Ansehen erwecken, als ob die Abgeordneten ein Privilegium besäßen, das die anderen Staatsbürger ihrer Karten begeben müssen. Das Bedürfnis, den Dis-

herigen Zustand abzuändern, ist nicht nachgewiesen. So dem, wie es ist, trotzdem ein Teil meiner Freunde für den Antrag ist, ihn abzugeben.

Abg. Dr. Levy (Natf.)
Der übergroße Teil meiner Freunde wird dem Antrag nicht zustimmen. Der Vorrede ist nicht recht, wenn er bittet, durch die Pressekarte würde dem Abgeordneten gewissermaßen Geld für die Ausübung seines Mandats gewährt. Schon § 20 der Verfassung bestimmt, daß die Kosten der Fahrt nach Maßgabe der Verhältnisse erlegt werden. Es ist immer möglich, von Dingen zu sprechen, die die Abgeordneten selbst angehen. Bis jetzt gelten die Karten nur für die Fahrt vom Wohnort des Abgeordneten nach Berlin und zurück. Eine solche Karte entspricht zweifellos nicht der Verpflichtung, die der Abgeordnete seinem Wahlkreis gegenüber hat. Er muß seinen Wahlkreis aufsuchen können, von einem Ort aus, wo er sich nicht erheben. Der Abgeordnete muß aber ohne große Kosten seinen Wahlkreis jederzeit aufsuchen können. Das bisherige System hat große Mängel; a, b, c, d, e, f, g, h, i, j, k, l, m, n, o, p, q, r, s, t, u, v, w, x, y, z, aa, ab, ac, ad, ae, af, ag, ah, ai, aj, ak, al, am, an, ao, ap, aq, ar, as, at, au, av, aw, ax, ay, az, ba, bb, bc, bd, be, bf, bg, bh, bi, bj, bk, bl, bm, bn, bo, bp, bq, br, bs, bt, bu, bv, bw, bx, by, bz, ca, cb, cc, cd, ce, cf, cg, ch, ci, cj, ck, cl, cm, cn, co, cp, cq, cr, cs, ct, cu, cv, cw, cx, cy, cz, da, db, dc, dd, de, df, dg, dh, di, dj, dk, dl, dm, dn, do, dp, dq, dr, ds, dt, du, dv, dw, dx, dy, dz, ea, eb, ec, ed, ee, ef, eg, eh, ei, ej, ek, el, em, en, eo, ep, eq, er, es, et, eu, ev, ew, ex, ey, ez, fa, fb, fc, fd, fe, ff, fg, fh, fi, fj, fk, fl, fm, fn, fo, fp, fq, fr, fs, ft, fu, fv, fw, fx, fy, fz, ga, gb, gc, gd, ge, gf, gg, gh, gi, gj, gk, gl, gm, gn, go, gp, gq, gr, gs, gt, gu, gv, gw, gx, gy, gz, ha, hb, hc, hd, he, hf, hg, hh, hi, hj, hk, hl, hm, hn, ho, hp, hq, hr, hs, ht, hu, hv, hw, hx, hy, hz, ia, ib, ic, id, ie, if, ig, ih, ii, ij, ik, il, im, in, io, ip, iq, ir, is, it, iu, iv, iw, ix, iy, iz, ja, jb, jc, jd, je, jf, jg, jh, ji, jj, jk, jl, jm, jn, jo, jp, jq, jr, js, jt, ju, jv, jw, jx, jy, jz, ka, kb, kc, kd, ke, kf, kg, kh, ki, kj, kl, km, kn, ko, kp, kq, kr, ks, kt, ku, kv, kw, kx, ky, kz, la, lb, lc, ld, le, lf, lg, lh, li, lj, lk, ll, lm, ln, lo, lp, lq, lr, ls, lt, lu, lv, lw, lx, ly, lz, ma, mb, mc, md, me, mf, mg, mh, mi, mj, mk, ml, mm, mn, mo, mp, mq, mr, ms, mt, mu, mv, mw, mx, my, mz, na, nb, nc, nd, ne, nf, ng, nh, ni, nj, nk, nl, nm, nn, no, np, nq, nr, ns, nt, nu, nv, nw, nx, ny, nz, oa, ob, oc, od, oe, of, og, oh, oi, oj, ok, ol, om, on, oo, op, oq, or, os, ot, ou, ov, ow, ox, oy, oz, pa, pb, pc, pd, pe, pf, pg, ph, pi, pj, pk, pl, pm, pn, po, pp, pq, pr, ps, pt, pu, pv, pw, px, py, pz, qa, qb, qc, qd, qe, qf, qg, qh, qi, qj, qk, ql, qm, qn, qo, qp, qq, qr, qs, qt, qu, qv, qw, qx, qy, qz, ra, rb, rc, rd, re, rf, rg, rh, ri, rj, rk, rl, rm, rn, ro, rp, rq, rr, rs, rt, ru, rv, rw, rx, ry, rz, sa, sb, sc, sd, se, sf, sg, sh, si, sj, sk, sl, sm, sn, so, sp, sq, sr, ss, st, su, sv, sw, sx, sy, sz, ta, tb, tc, td, te, tf, tg, th, ti, tj, tk, tl, tm, tn, to, tp, tq, tr, ts, tt, tu, tv, tw, tx, ty, tz, ua, ub, uc, ud, ue, uf, ug, uh, ui, uj, uk, ul, um, un, uo, up, uq, ur, us, ut, uu, uv, uw, ux, uy, uz, va, vb, vc, vd, ve, vf, vg, vh, vi, vj, vk, vl, vm, vn, vo, vp, vq, vr, vs, vt, vu, vv, vw, vx, vy, vz, wa, wb, wc, wd, we, wf, wg, wh, wi, wj, wk, wl, wm, wn, wo, wp, wq, wr, ws, wt, wu, wv, ww, wx, wy, wz, xa, xb, xc, xd, xe, xf, xg, xh, xi, xj, xk, xl, xm, xn, xo, xp, xq, xr, xs, xt, xu, xv, xw, xx, xy, xz, ya, yb, yc, yd, ye, yf, yg, yh, yi, yj, yk, yl, ym, yn, yo, yp, yq, yr, ys, yt, yu, yv, yw, yx, yy, yz, za, zb, zc, zd, ze, zf, zg, zh, zi, zj, zk, zl, zm, zn, zo, zp, zq, zr, zs, zt, zu, zv, zw, zx, zy, zz.

Abg. Lippmann (Wp.)
Sonderbare Dinge sind heute passiert. Die Regierung warnt nicht, hat mir versichert, daß sie eine Erklärung abgeben, daß die Wünsche des Hauses nicht erfüllt werden sollten, weil die Wünsche darunter leiden könnten. Kein Parlament ist je so leicht gefallen. Noch sonderbarer war, daß der Vertreter einer größeren Partei die Erklärung abgab, seine Freunde würden mit einigen verlässlichen Ausnahmen gegen Abgeordnete die Pressekarte bewilligen, die wir haben wollen. Ohne Information an Ort und Stelle ist ein gründliches Arbeiten unmöglich und wir lernen auch gern unsere Freunde im Osten kennen. (Beifall.) Aber die Regierung will nicht, daß die Abgeordneten, besonders die gemäßigten Parteien, keine Freunde würden — mit einigen verlässlichen Ausnahmen gegen Abgeordnete die Pressekarte bewilligen, die wir haben wollen. Ohne Information an Ort und Stelle ist ein gründliches Arbeiten unmöglich und wir lernen auch gern unsere Freunde im Osten kennen. (Beifall.)

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.)
Der Bescheid des Ministers des Innern ist eine letzte Meinungsäußerung des Herrn v. Bodelberg und bezeichnet sein ganzes System. Seine Gründe gegen die Bewilligung von Pressekarten waren dieselben wie die gegen die Bewilligung einer Pressekarte, seine Freunde würden — mit einigen verlässlichen Ausnahmen gegen Abgeordnete die Pressekarte bewilligen, die wir haben wollen. Ohne Information an Ort und Stelle ist ein gründliches Arbeiten unmöglich und wir lernen auch gern unsere Freunde im Osten kennen. (Beifall.)

Abg. v. Bodelberg (Konf., persönlich):
Ich habe mich nicht mit der Begründung des Ministers für seine Ablehnung einverstanden erklärt.

Abg. Lippmann (Wp., persönlich):
Dann stelle ich mit Befriedigung fest, daß kein Redner das, was der Minister gesagt hat, gebilligt hat.

Der Antrag Dr. Dittich-Braunberg wird gegen die Stimmen eines großen Teils der Konfessionellen angenommen.

Abg. Lippmann (Wp.):
Die Luft im Saale ist schlecht, trotz der Ventilatoren des Hauptgebäudes. Denn auch die feinsten Leute werden die Luft (Groß-Geister). Es muß deshalb für bessere Luft gesorgt werden. Nötig sind mehr elektrische Ventilatoren, die wirklich fähig sind. Windmaschinen wäre es, daß uns die Stenogramm gebunden am Schluß jeder Session zuzuging. Auch die Journalisten haben ein Recht auf eine gute Luft. Es fehlt uns in den Zimmern der Journalisten eine Handhabung, im Besonderen ist kein Sofa, ferner fehlt es dort an Schreibgelegenheit. Ich meine, man sollte das den Herren, deren wertvolle Mitarbeit wir alle nicht unterschätzen, gern entgegenkommen. Der Senat soll auch zu anderen Veranstaltungen benutzt. Es gibt dort sehr gute Räume, doch einige Parteien hier angeordnet wurden. Das war nicht richtig. Ein Teil der Presse, der es noch, daß unsere Leute und die Herren der Beamten in Bezug auf Gehalt und Pensionenberechtigung gleichgestellt werden.

Abg. Wolf Hoffmann (Soz.):
Wir haben jetzt fast jeden gefordert, daß für unsere Boten in einer Weise gesorgt wird, die der Würde des Hauses entspricht.

Abg. Dr. Vredt (FreiKonf.):
tritt für eine Beförderung der Anstellungsverhältnisse der Bibliothekshelferinnen ein.

Der Etat des Abgeordnetenhauses wird erledigt, ebenso ohne Erörterung der Etat des Verrenhauses.

Einige Witzschiffe werden ohne Aussprache erledigt, ebenso ohne Aussprache, 11 Uhr: Nebenabstimmung (Fortsetzung), Schluß 6 Uhr.

Ein Seitenstück zum Fall der Witwe Hamm?

Wien, 23. April.
Wie noch erinnertlich, wurde im November 1910 der Behälterhahn Gustav Sprenger vom hiesigen Schwurgericht zum Tode verurteilt, weil er für schuldig befunden worden war, den Behälter Gubbed in Reimsanwalde im Kreise Marienburg nachts in seinem Bett ermordet zu haben. Die Schwärmeren kamen in dem Hauptbeschuldigung zu ihrem Schluß, weil sie auf Grund der Aussagen einer Eitelknechtin, der Frau Gubbed, einer Frida Barwig, zu der Überzeugung gekommen waren, Sprenger sei betrunken in die Frau Gubbed verlockt gewesen, daß er ihr mitteilte den Mann aus dem Wege geschafft hätte. Im weiteren fühlten sich die Geschworenen auf die Zeugnisaussagen eines gewissen Klingenberg, der befandete, er habe wenige Tage vor dem Mord einen Revolver bei Sprenger gesehen.
Schon bei der Verbindung des Todesurteiles wurden Stimmen laut, die Sprenger für unschuldig und den schließlich auf Indizien hin erfolgten Spruch der Geschworenen für einen Zwischspruch hielten, zumal der Verurteilte es ablehnte, ein Gnabengeld an den König abzugeben und der Begründung, er wolle kein Geld, keine Unade. (Die Begründung Sprengers zu lebenslänglichem Zuchthaus wurde später ohne Zutun des Verurteilten erwirkt.) Vermutlich wird der verurteilte Vater des Verurteilten, der erst 73 Jahre alte Behälter Sprenger aus Ulmerbad, der kein Mittel überzeuget ließ, die Unschuld seines Sohnes, von der er sehr überzeugt ist, aufzugeben. Aber die Gerichte lehnten die Gesuche um Wiedereröffnung des Verfahrens ab.
Jetzt ist die Angelegenheit insofern in ein neues Stadium

getreten, als — auf Veranlassung des alten Sprenger — eine Broschüre erschienen ist, die alle die Punkte anführt, die zugunsten des Verurteilten sprechen. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß die Hauptbelastungszeugin, die genannte Frida Barwig, nach Fällung des Urteiles mehreren Personen gegenüber behauptet hat, ihre Schwester, die Frau Gubbed, habe ihren Mann getötet. Zwar habe die Barwig später vor dem Untersuchungsrichter erklärt, diese Aussage sei ihr „eingeredet“ worden, doch kommt die Broschüre auf Grund eingehender Erwägungen zu dem Ergebnis, es sei unmöglich, daß ein mit gesundem Verstand und vernünftigen Wesen von der Art der Zeugnis eine derart wichtige Aussage gegen die eigene Schwester hat eingeredet werden können. Weiter stellt die Broschüre fest, daß die Barwig in der nach Fällung des Urteiles erneut eingeleiteten Vorunterurteilung genau das Gegenteil von dem besprochen hat, auf das sie zuvor vorher ihren Eid abgegeben hatte. Für unzulässig wird es auch erklärt, wenn auf die Aussage eines Mannes wie Klingenberg Wert gelegt werde, von dem feststehe (das war bei der Hauptverhandlung noch nicht bekannt), daß er wegen Brandstiftung mit einem Jahr Gefängnis verurteilt und auch bereits in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand hin beobachtet worden ist. Klingenberg wird angeklagt, aus den Konturen der Holentafel des Sprenger geschlossen haben, daß dieser einen Revolver bei sich trage, dessen Länge er genau anzugeben wußte. Die Broschüre bringt weitere Material dafür, daß kein Zusammenhang zwischen Sprenger und der Frau Gubbed bestanden habe, erwidert dann die Möglichkeit, daß ein Gattenmord vorliegen oder daß vielleicht ein Eitelknecht der Tat begangen haben könnte. So kommt die Broschüre zu dem Schluß, daß ein Mord an Gubbed von Sprengers Seite dem sozialistischen Standpunkte aus eine

unmöglichkeit.
ein direkter Unfall sei, und daß es unmöglich sei, dem einmal gefällten Urteil verbleiben könne. Die Wiedereröffnung des Gerichtsverfahrens jenseits insolge der Unzulänglichkeit der geltenden Gesetzesbestimmungen über alle Massen ersichert, so dürfen andererseits sich die Gerichte nicht der Schwere der neuen, nach der Fällung des Urteiles herangezogenen neuen Momente verschließen.

Deutsches Reich.

Ein Kaiserbesuch zur silbernen Hochzeit in Athen?

In wohlunterrichteten Kreisen meint man, daß Kaiser Wilhelm zur silbernen Hochzeit nach Athen kommen wie zur Hochzeit vor 25 Jahren. Dieser bevorstehende Besuch sei die Ursache, daß der Kaiser jetzt von Korfu aus weder Athen noch Olympia besuche. In der Beschreibung des Besuchs, der die Presse eine große Reise in Athen, die griechische Kaiserin auf Griechenland's Politik da ein solcher Besuch jetzt neue Mißverständnisse in Frankreich hervorrufen würde, die Griechenland schaden könnten.

Der Deutsche Städtebund und die Sonntagsruhe.

Gegen den Beschluß der 24. Reichstagskommission zur Vorbereitung des Entwurfs eines Gesetzes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, durch den für die Städte mit über 75 000 Einwohnern die allgemeine Sonntagsruhe — abgelehnt von den Bedürfnissen der Sonntagsruhe — eingeführt werden

Sieben Arbeiter erstickt.

W. Seiffstedt (Bron. Sachsen), 24. April. In einem Neubau der Rheinischen Dynamitfabrik im nahen Leimbach entstand heute mittig gegen 1 Uhr, wahrscheinlich durch eine weggerollene brennende Zigarette, ein Brand. Durch den sich entwickelnden Rauch fielen vier Maurer und drei Steinleger, die sich während der Mittagspause zum Schlafen niedergelegt hatten, erstickt. Die Namen der ums Leben gekommenen sind: die Maurer Sperling und Kühne aus Büttow, Handlanger Hermann aus Seiffstedt, Maurer Wolfrum aus Walbe, Steinleger Hofst aus Sandersleben, Steinleger Friede aus Seiffstedt und Steinleger Schmidt aus Burgdörner.

18. Sonntag der Zone 4 (Provinz Sachsen) im Deutschen Gastwirts-Verband.

Quedlinburg, 23. April.

Nach einem Dienstagabend im Gesellschaftshaus „Zur Rose“ abgehaltenen Begrüßungsabend begannen gestern mittig 1 Uhr im Schillingschen Theaterlokal die öffentlichen Verhandlungen. Der Vorsitzende Ruppel-Schille eröffnete den Sonntag mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach dem vom Vorsitzenden erteilten Nachschickwort umging die Zone 4 80 Vereine mit 3600 Mitgliedern, von denen 49 Vereine mit 121 Mitgliedern vertreten sind. Der Bericht hebt besonders hervor, daß das Gastwirtsverweh unter der anhaltenden mißlichen Geschäftslage im allgemeinen schwer zu leiden gehabt habe. Es wird dann in die Beratung der eingegangenen Anträge eingetreten. Der vom Verein Zeitz gestellte Antrag, der Verband möge immer wieder darauf hinwirken, daß bei Glücksspielen, die in öffentlichen Lokalen gespielt werden, nicht der Gewinn, sondern die beteiligten Güter bestraft werden, soll auf Beschluß der Versammlung wiederum dem Verbandstage in Magdeburg unterbreitet werden. Ueber die Gesetzesvorlage betreffend die Abänderung des § 33 der Reichsgewerbeordnung berichtet der Vorsitzende. Er hält fest, daß die Vorlage wohl manche Verbesserungen bringe, jedoch viele mißliche Nebenwirkungen unter sich. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung feinsinnigste Probest-Magdeburg seine Stellung zu der gegen. Bedarfsfrage und Landrat v. Jacobi die Meinung zu den Reklamen und Speisewirtschaften. Er hält eine bestimmte gesetzliche Regelung für nötig, auf die auch die Wirtseigenen sollten. Eine sehr eingehende Ausprache führt der folgende von Fr. Ebert-Magdeburg begründete Antrag herbei: Der Sonntag solle dafür eintreten, daß die Anton Ringel-Stiftung so ausgebaut wird, daß aus dieser Kollegen, die in ihrem Betriebe durch Unfall oder Krankheit erwerbsunfähig geworden sind, und ebenso unterjährig bedürftige im Alter von 60 Jahren eine laufende Unterstützung erhalten können. Zu dem Antrag, der Sonntag solle anzufragen versuchen, daß bei gewerbmäßigen, regelmäßig wiederkehrenden Betätigungskunden die Stempelsteuer nicht für einen Monat, sondern für einen längeren Zeitraum ertrachtet werden kann, weiß Probest-Magdeburg darauf hin, daß das ganz im Belieben der Arbeitgeber liegt, es sich als eine Befreiung behaupten zu lassen. Ingeheim beharrt er über seine eigene Erkenntnis zur Verhinderung von Instrumentalforderungen. Ueber die Polizeistunde selbst herrschen noch allerlei Meinungsverschiedenheiten.

Da der Aufnahme des neuen Sächsischen Gastwirtsvereins in die provincial-sächsische Zone nichts entgegensteht, wird sie auf dem Deutschen Gastwirtsverband in Magdeburg trotz des Widerstandes des Gastwirtsvereins von Halle und Umgebung nach den Ausführungen von Probest erfolgen. Der Sonntag spricht sich für die Einberufung sämtlicher bürgerlicher Gastwirtsverbände zu einer Protestversammlung in Berlin aus, die sich mit den aus dem § 33 der Gewerbeordnung zu erwartenden gewerblichen Schäden befassen soll. Es wird beschlossen, den 19. Sonntag im Jahre 1915 in Eisenberg abzuhalten. Die ausstehenden Vorstandsmittglieder wurden wiedergewählt. Nach fünfminütigen Verhandlungen wurde die Versammlung gegen 6 Uhr geschlossen. Dann bereiteten sich die Teilnehmer zu einem Festmahl im „Raiserhof“.

× Pappenheim, 24. April. (In der Gemeinderats-sitzung) wies der Gemeindevorsteher den ausstehenden Gemeindevorsteher anerkennende Worte und führte die neugewählten Vertreter ein. Der Betriebsführer Herr C. Strich und der Kaufmann Herr C. Bedau wurden nach abgelaufener Wahlperiode in den Schulvorstand bezw. als Schöffe wiedergewählt. In der Willkürangelegenheit ist der Strafsache wegen der Zahlung einer Abgabe für außerordentliche Nutzung der Wege sollen weitere Schritte getan werden. Mit 8 gegen 6 Stimmen wurde beschlossen, die Bürgerliste der geschlossenen Ortsteile mit Watten zu belegen. Mit dem „Kamm“ soll begonnen werden. Die Kanalangelegenheit wurde vertagt. Außerdem fanden einige Armenarbeiten ihre Erledigung.

n. Reichenhain, 24. April. (Selbstmord). Der Arbeiter Alfred Schade, der sich vor einigen Tagen eine Kugel in den Kopf schoss, ist im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. In einem hinterlassenen Briefe hat der Verstorbene Krankheit und Lebensüberdruß insoweit verurteilt Lebens als Grund zur Tat an.

* Seiffstedt, 24. April. (Das Feld der goldenen Schözei) feierte heute das Vorbereitungsmitglied Hermann Büschke seinen 50. Geburtstag. Er wurde von seinen Verwandten, Freunden und Bekannten in der Weise beglückwünscht, wie es der Braut 77 Jahre alt.

Selbna, 24. April. (Leichenfund). Vermißt wurde seit Donnerstag nachmittags die etwa 18 Jahre alte Tochter des Schlossers der hiesigen katholischen Schule. Heute morgen gegen 10 Uhr wurde ihre Leiche am Bad Markt aus Meer gezogen. Ob Worb oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht bekannt.

Ernst, 23. April. (Die Ausschreibung des öffentlichen Wettbewerbs) zur Errichtung von Entwässerung in die Stadt ab ist gestern erfolgt. Der Wettbewerb ist nur für deutsche Architekten bestimmt. Für Preise sind 11000 Mark ausgesetzt, und zwar: ein Preis von 5000 Mark, ein Preis von 3000 Mark, ein Preis von 2000 Mark, ein Preis von 1000 Mark. Die Summe von 11000 Mark kommt ebenfalls zur Verteilung. Sie kann aber auch in anderer Weise verteilt werden, falls das Preisgericht dies beschließt. Es bleibt der Stadtverwaltung vorbehalten, auf Vorbehalt des Preisgerichts außer dem weiteren Entwürfe zu je 700 Mark anzufordern. Im ganzen sind für den Wettbewerb 17000 Mark bewilligt. Das Preisgericht besteht, abgesehen von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten aus: Präsident des Erhrten Magistrats, Oberbürgermeister, zwei Mitglieder des Ausschusses für die Errichtung von Entwässerung, zwei Mitglieder des Ausschusses für die Errichtung von Entwässerung, zwei Mitglieder des Ausschusses für die Errichtung von Entwässerung.

darüber den 28. und 29. April vor. Das Budget wird am 30. April eingebracht werden.

Albanischer Sieg. Wie die Albanische Korrespondenz aus Durazzo meldet, sind in dem Kampfe zwischen vierhundert griechischen Soldaten und einer albanesischen Gendarmereibatterie bei Webeß (nördlich von Despotowitsch) die griechischen Soldaten in die Flucht geschlagen worden. — Die Demission des albanischen Unterrichtsministers Turullis ist vom Fürsten angenommen worden.

Halle und Umgebung.

Halle, 23. April.

Das Grab August Hermann Grades

aus unsemem Stadtgottesacker wird in dieser Frühjahrszeit gewiß von manchen Einheimischen und Fremden wieder aufgesucht werden. Es ist ja jetzt auch sorgfältig gepflegt, der Anstich der Wände und Decke erneuert, — das Ganze schmid gehalten in wohlthuender Pietät. Und gerne liegt man auch die Sprüche, — von dem in den Boden eingemeißelten eigentümlichen an („Das ganze Tal der Leiden und der Äußer soll dem Herrn heilig sein...“ Jer. 31, 40), und dann überall an den Wänden. Aber halt, — was steht denn da, an der rechten Seitenwand? Zwar, der Spruch ist wohlbehalten: „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“ ujm. Aber darüber steht man — in schöner neuer Farbe —: „Lob. XIX, 25.“

Der „Kirchl. Anz.“ bemerkt dazu: „Also ein solcher Kernspruch steht in den Apokryphen? Denn was anders als das Buch Tobias hat nun damit gemeint sein? Aber — das Buch Tobias hat nur 14 Kapitel! Man frönte sich denken, daß manches Schändliche, das mit Interesse die Aufsicht angehen hat und nun einem zu Hause nachschick, keinen Ausweg mehr. Und doch ist die Lösung einfach: der Vater hat Job, und schrieb dafür, seiner Meinung nach verheiratet. Doch er wußte nicht, daß Job eine weiterverbreitete Schreibweise für — Job war (übrigens auch dem Hebräischen ähnlicher als die Wortform). Nun aber Job 19, 25 gemeint, — so wäre dringend zu wünschen, daß dieses Versehen, das nun schon lange ungehört manchen stillen Betrachter hat stören dürfen, endlich beseitigt würde. Das wäre in wenigen Minuten leicht gemacht! Will man nicht geradezu „Job“ schreiben, so stelle man Job“ wieder her; aber „Lob.“ sollte wirklich nicht länger stehen bleiben!

Errichtung eines Hypothekensicherungsinstituts in Mannheim. Angehts der Bemühungen aus unserer Sächsischen Haus- und Grundbesitzervereins, Maßnahmen zur Verringerung der Hypothekennutzungen, ist nachfolgende Meldung an dieser Stelle wiederzugeben: Der Haus- und Grundbesitzerverein Mannheim beschloß die Errichtung eines Hypothekensicherungsinstituts mit einem Vermögen von 25 Mill. M. Aktienkapital. Wünschenswert wäre, daß die Stadt und die Rheinische Hypothekendarbank daran beteiligen.

Erholungsurlaub für Angestellte. In jedem Menschen recht ist im Frühling der Wunsch, hinaus zu eilen in die mit frischen Farben geschmückte Natur, um Körper und Geist zu stärken. Der Hamburger Verein für Handlungs-Commis von 1888 (Kaufmännischer Verein) richtet deshalb auch in diesem Jahre an die Arbeitgeber in Handel und Industrie die herzlichste Bitte, dem kaufmännischen Personal einen angemessenen Urlaub unter Verzehrung des Gehaltes zu gewähren. Der Wert einer Ausspannung von der täglichen Arbeit für Körper und Geist der Angestellten wie auch für den Arbeitgeber, der sich dadurch ein fröhliches und arbeitsfreudiges Personal erhält, braucht heute wohl kaum noch besonders betont zu werden. Es sei nur an die vorläufigen Erfahrungen der Firmen erinnert, die seit langem mit autem Beispiele vorangegangen sind. Es ist natürlich nicht erforderlich, daß sich der Erholungsurlaub des Personal ein wenig Monate ausgenommen. Eine bessere Verteilung läßt sich erzielen, wenn denjenigen Angestellten, welche es wünschen, der ganze Urlaub oder ein Teil in den Wintermonaten gewährt wird. Der Heilwert von Wintertagen wird bekanntlich immer mehr und mehr anerkannt. Firmen, welche gerade im Sommer härter beschäftigt sind und deshalb deshalb nicht ausruhen können, können durch die Verteilung auf einen längeren Zeitraum dazu die Möglichkeit. Den richtigen Wert besitzt der Erholungsurlaub allerdings nur, wenn er auch wirklich zur Ausspannung benutzt wird. Es ist daher zu berücksichtigen, daß sich immer mehr Firmen bereit finden, Reiseausflüsse zu leisten oder Reisepartien mit Zusatzkosten des Gehaltes einzurichten.

Multistufiger Unterhaltungsabend. Am Sonntag, den 26. ds., nachmittags 6 Uhr, findet vom Verein der Blinden von Halle und Umgebung ein multistufiger Unterhaltungsabend in der Kaiser-Wilhelm-Salle statt. Bei dem geringen Preis von 30 Pf. sollte niemand veräumen, dies Blindenfest anzugehen. Ganz besonders ist auf die mit großer Konzentration ausgestellte Arbeit der Blinden hinzuweisen. In dem Fest sind auch die von der Qualitätsmarke unserer blinden Gewerbetreibenden überzogen. Die Ausstellung wird um 4 Uhr eröffnet.

Vereinigung Sächsischer Stenographenvereine. Erstes Stenographenfest. Am Sonntag, den 26. April, nachmittags 5 Uhr, findet eine Besichtigung der Dampftrifflabrik von Gebr. Schubert, Merseburger Straße 102, statt, an der die Vereinsmitglieder (Damen und Herren) mit ihren Angehörigen teilnehmen können. Treffpunkt: 4 1/2 Uhr an „Kochs Hof“, Merseburger Straße.

Wohlfahrtsverein „Zugendheilands“ Halle a. S. und Umgebung. Sonntag, den 26. April, 3.30 Uhr nachm. Kräftigster Sonntag, den 3. Mai, 4 Uhr nachmittags. Einweihung der Schwimmhalle in den Kaiserpark, nördlich des Eingangs zum Gartenheims. Anzug für die Damen nur Militär-Müße. Alle Mitglieder des Vereins sind eingeladen.

W. R. B. „Zugendheilands“. Die Abteilungen „Bismard“, „Körner“, „Kronprinz“, „Häsen“, „Saalwäld“, „Senflich“, „Vord“, und „Zieten“ treten Sonntag 14 Uhr auf dem Hallmarkt an. Am Montag 11 Uhr. Töbchen sind zur Stelle, ebenso hat jeder Zugmann eine blaue Armbinde. Die Lage wird auf dem Marktplatz beim Antraten bekannt gegeben. Abt. „Schwarz“ tritt am Sonntag 1/2 Uhr auf dem Hof von Kaserne I an (alte Armbinde). — Das Stützfest der Abt. „Zieten“ findet am Sonntag, 25. April, abends 8 Uhr im Saale der Zugmannschaften, sowie Freunde des W. R. B. „Zugendheilands“ — bei freiem Eintritt — herzlich willkommen. Abt. „Hohenollern“ und „Kürfürst“ treten am Sonntag 1/2 Uhr auf dem Hof von Kaserne I an. Abt. „Zieten“ tritt Sonntag 1/2 Uhr nachm. am Kaserne an. — Abt. „Preußen“ Sonntag 7 1/2 Uhr. Verammlung in Kaserne I. — Abt. „Hohenollern“ Sonntag 7 1/2 Uhr. Verammlung in Kaserne I. — Abt. „Preußen“ Sonntag 1 1/2 Uhr. Antraten in Kaserne I.

soll, hat eine ganze Anzahl der hierdurch betroffenen Städte sich in Eingaben gewandt. Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat jedoch an den Reichstag gleichfalls eine Eingabe gerichtet, in der es heißt:

Wir wünschen uns diesen Vorstellungen an. Gegenüber den Aufgaben, um deren Lösung es sich handelt, erscheint die Festsetzung einer Einwohnergrenze von 75000 als willkürlich und mechanisch. Es trägt der Verhältnisse der Wirtschaft- und Gemeinwesenverhältnisse der einzelnen Gemeinde, nach der allein eine unterschiedliche Behandlung der Sonntagsruhe sich richten könnte, keine Rechnung. Die Regierungsvorlage dagegen berücksichtigt die tatsächlichen Verhältnisse, auf die es ankommt. Die Einwohnergrenze schafft für die großen Städte ein unangenehmere Sonderrecht, ein privilegium odiosum. Daß die höhere Verwaltungsbehörde auch für kleinere Gemeinden, die mit der betroffenen größeren Gemeinde in örtlichem Zusammenhang liegen, die allgemeine Sonntagsruhe soll anordnen können, gewährt ihnen hinreichenden Schutz. Die Einkaufsbeziehungen beden sich nicht mit dem örtlichen Zusammenhang. In ländlichen Bezirken kommt das einkaufslustige Publikum Sonntags aus verhältnismäßig weiten Entfernungen in den wenigen Städten mit mehr als 75000 Einwohnern zusammen. In den dicht besiedelten Industriebezirken aber, wo die Grenzen der politischen Gemeinden durch die Bildung großer Siedlungs- und Wirtschaftskomplexe verwischt sind, haben sich eigenartige Einkaufsbeziehungen zwischen den Gemeinden entwickelt, denen der neue Gesetzesvorschlag ebenfalls nicht gerecht wird. Freund und Gegner der allgemeinen Sonntagsruhe müssen deshalb in jeres Erträgen darin einig sein, daß die Lösung des Problems durch Einführung der Einwohnergrenze von 75000 nicht angänglich ist. Wir bitten von der Schaffung dieser Einwohnergrenze Abstand zu nehmen.“

An Stelle des Reichlichen Geheimen Rats Söly ist der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Drews vom 1. April 1914 als vom Präsidenten der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte berufen.

Die Berechnungen der sächsischen Staatsbahnen sind nach den vorläufigen Ermittlungen im ersten Vierteljahr 1914 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres sowohl im Personen- als auch im Güterverkehr nicht unerheblich zurückgegangen. (Personenverkehr 13 616 100 M., weniger 226 516 M., Güterverkehr 28 272 000 M., weniger 942 137 M.)

Zum Kultusetat. Zu Generalrechnern für die zweite Lesung des preussischen Kultusetats sind von der Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei die Abgeordneten Eichhoff und Traub in Aussicht genommen worden. — Die fortschrittliche Fraktion hat zum Kultusetat einen Antrag auf Vorlegung eines Entwurfs gestellt, durch den die Schulunterhaltungsspflicht in Westpreußen und Posen neu geregelt und die Sogietatschulen in Posen beseitigt werden sollen. Er fordert ferner ein Gesetz zur Regelung des Privatunterrichts und einen Entwurf, der die Bestimmung enthält, daß Diszidenteninder, für welche kein Religionsunterricht erteilt wird, gegen den Willen der Erziehungsbehörden nicht zum Besuch des Religionsunterrichts Anstandslos gezwungen werden können.

Der Landtag von Meckl. u. V. beschloß zwecks Entlastung der Ministerbeihilfen die Junggeheilen neu einzuführen. Die Regierung stimmte dem Beschlusse zu.

Ausland.

Vom mexikanischen Kriegsanlage.

Konferenzen im Rebellenlager.

In Mexiko ereignen sich in der letzten Zeit bedeutende Beratungen zwischen den Führern der beiden dort einander gegenüberstehenden mexikanischen Armeen. Die Verhandlungen sind in der letzten Zeit zwischen den Mexikanern und den Bundesstruppen. Die Verhandlungen sind in der letzten Zeit zwischen den Mexikanern und den Bundesstruppen. Die Verhandlungen sind in der letzten Zeit zwischen den Mexikanern und den Bundesstruppen.

Bermittlung Englands zwischen Mexiko und der Union.

Eine Depesche des „Daily Telegraph“ aus Mexiko scheint auf eine Intervention der englischen Diplomatie zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko hindeuten zu wollen. Danach hat der englische Geschäftsträger in Mexiko ein Telegramm des englischen Botschafters in Washington erhalten, dessen Inhalt jedoch nicht bekannt ist. Der englische Geschäftsträger in Mexiko sandte daraufhin sofort den Geschäftsissekretär S. O. Lee nach Vera Cruz, der mit einer speziellen Mission betraut ist. Man glaubt, daß England seine Vermittlung in dem Konflikt anbieten wird. Der Sekretär wird heute eine Unterredung mit dem Kommandanten der amerikanischen Flotte, Admiral Fletcher, haben. Die Vereinigten Staaten haben in Mexiko großes Interesse hervorgerufen.

Die Anti-Militar-Bewegung.

Die englische Regierung hat, um das Wachen von ihrem Verzicht, einen Aufruf in Ulster zu provozieren, zu überlegen, ein Weisbuch über die Korrespondenz des Kriegsministeriums mit dem Oberkommandierenden in Irland, General Baget, veröffentlicht. Aus den Dokumenten geht klar hervor, daß es sich nur um einfache Vorstufungsregeln wie bei Streiks handelt hat. General Baget hatte es dabei, um die letzte Erregbarkeit der Ulsterleute zu schonen, beim Ministerium erreicht, daß die in Ulster stationierten Offiziere die Erlaubnis erhalten sollten, sich teilweise zum Dienste disponieren zu lassen. Diese Erklärung General Bagets ist ihrer gebundenen Sprache wegen von drei der sieben Brigadegeneräle dahin verstanden worden, als ob die Offiziere das Recht erhalten hätten, die Erfüllung der Pflichterfüllung und Abschied zu wählen. Trotz dieser jetzt ganz geklärten Sachlage hält, wie der Draht meldet, der Führer der Konvention an seinem Plane fest, im Unterhaus das Verlangen nach einer Untersuchungskommission zu erheben. Im Unterhaus zu London teilte der Führer der Unionisten, Bonar Law, mit, daß die Opposition eine Resolution einbringen wird, in der eine unparteiische Untersuchung über den kürzlich im Zusammenhang mit den Vorgängen in Ulster erfolgten Truppenbewegungen gefordert wird. Ministerpräsident Asquith ist unter dem Beifall der Ministeriellen für die Debatte

Die Publik in Kurzeilf... Es bedeutet...

Berliner Börse, 24. April 1914

Einheitskurs: 1 Fr. 100, Paris: 60 Pf. - Ost. 1. Gold: 1 W. 170, 1 Fr.: 216...

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and various market indicators.

